



Änderungsantragsbuch Mitgliederversammlung per Webex

22./23..01.2021

VERSION 2

STAND 20. JANUAR 2021

1 Präambel

2

1 Antragsteller: Forum Nachhaltige Stadtentwicklung, Europa
2 Forum Klima und Umwelt

3
4 **Antragstitel: Präambel für die Leitlinien der Wiesbadener SPD für die Amtszeit 2021 – 2026**

5
6 **Die Programmkommission möge folgende Präambel in die Leitlinien aufnehmen:**

7 Für die Zukunft Wiesbadens ist es entscheidend, wie seine Bürgerinnen und Bürger an der
8 Gestaltung politischer Aufgaben beteiligt werden. Die Wiesbadener SPD strebt eine gerechte,
9 grüne und produktive Stadt an.

10
11 Die kommenden sozialen, wirtschaftlichen und ökologischen Herausforderungen erfordern eine
12 grundlegende Stärkung der kommunalen Krisenfestigkeit und Handlungskompetenz. Hierzu
13 sollen Bürgerinnen und Bürger früher und umfassender als bisher in die Gestaltung von
14 kommunaler Politik einbezogen werden. Das Vertrauen der Bürger ist nur zu gewinnen, wenn
15 politisches Handeln transparent und nachvollziehbar ist. Dies ist eine Voraussetzung dafür,
16 Wiesbaden zu einer Zukunftsstadt zu entwickeln.

17
18 Die programmatische Ausrichtung der Wiesbadener SPD orientiert sich an der „Nachhaltigen
19 Entwicklung“, einer langfristigen Strategie der Vereinten Nationen, die 2015 mit Unterstützung
20 Deutschlands verabschiedet wurde. Diese Strategie umfasst 17 Ziele der sozialen,
21 wirtschaftlichen und ökologischen Entwicklung, die auch auf kommunaler Ebene für die Zukunft
22 Wiesbadens von entscheidender Bedeutung sind. Das SPD-Wahlprogramm macht sich diese
23 Strategie zu eigen. Es setzt Schwerpunkte bei den Zielen, die für die Zukunft Wiesbadens für
24 besonders wichtig gehalten werden. Für jeden konkreten kommunalen Themenbereich sollen
25 diese Ziele der nachhaltigen Entwicklung erkennbar sein.

26
27 Die SPD steht für Bürgerengagement und Bürgerbeteiligung. Dabei orientiert sie sich an
28 neuesten Erkenntnissen und Methoden einer integrierten Stadtentwicklung, wie der neuen
29 „Leipzig Charta“. Sie strebt hierbei eine aktive Zusammenarbeit und den Erfahrungsaustausch
30 mit Nachbarstädten an, die in ähnlicher Weise vorgehen.

31
32 **Begründung**

33 Der Ausgang des Bürgerentscheids zur Citybahn Wiesbaden hat deutlich gemacht, dass
34 vorgeschlagene Veränderungen, wie sinnvoll und notwendig diese auch sein mögen, skeptisch
35 bis ablehnend beurteilt werden. Hintergrund dafür sind drei Faktoren, nämlich erstens eine
36 generelle Aversion vieler Menschen gegen Veränderungen, die in ihre Lebensgewohnheiten
37 eingreifen. Zweitens fehlt es an Vertrauen in die Politik und deren Vertreter*innen. Drittens fehlt
38 eine überzeugende Zukunftsvision, was wiederum eine tiefsitzende Verunsicherung und eine
39 Abwehrhaltung gegen Veränderung noch verstärkt. Ob Politik gelingt, hängt ab von
40 Einstellungen, Werten, Vertrauen und guter Kommunikation. Das gilt besonders in Phasen von
41 größeren Krisen und des Übergangs zu etwas Neuem und bisher Unbekanntem.

42
43 Die Herausforderungen an die Städte von morgen sind immens: Sie müssen immer mehr
44 Menschen Wohnraum bieten, eine funktionierende Infrastruktur für Verkehr, für Ver- und
45 Entsorgung vorhalten und dies auch noch klima- und umweltschonend. Der Idealfall ist eine
46 nachhaltige und CO2-neutrale Stadt. Hierfür bedarf es planerischer Strukturen, die alle
47 relevanten Aspekte und ihre Wechselwirkungen im Blick behalten. Angesichts drängender
48 Probleme – soziale Spaltung, Verkehrsinfarkt, Wohnungsnot, Artensterben und Klimakrise – eilt
49 der Umbau der Stadtgesellschaft. Viele Aufgaben stehen an und stellen uns immer wieder vor
50 Fragen und Abwägungen zwischen heute und morgen, zwischen aktuellen Entwicklungen und
51 deren Konsequenzen. Wir können diese Aufgaben nur erfüllen, wenn wir langfristige Prioritäten
52 verfolgen und diese zugleich laufend anpassen. Politik braucht strategische Ziele und
53 langfristige Visionen als Kompass ihres Handelns. Diese Ziele muss sie klar artikulieren und
54 gemeinsam mit den Bürgerinnen und Bürgern erarbeiten.
55 Erfolgreiche Kommunen haben gezeigt, dass eine frühzeitige Bürgerbeteiligung bei Fragen der

1 nachhaltigen Stadtentwicklung zu mehr Engagement der Bürgerinnen und Bürger führt, zu
2 mehr Transparenz des Verwaltungshandels und zur stärkeren Akzeptanz der einzelnen Projekte.
3

4 Für die SPD ist es keine Option, auch nur einen Teil der anstehenden Herausforderungen zu
5 ignorieren. Vielmehr muss es gelingen, für Initiativen zur Bewältigung der Transformation hin
6 zu einer zukunftsfähigen Stadt die notwendige Unterstützung zumindest einer Mehrheit der
7 Bürgerschaft zu organisieren.
8

9 Nachhaltige Entwicklung betrifft alle Bereiche unseres Lebens. Sie bedeutet, dass wir mit den
10 Ressourcen so haushalten, dass auch die Zukunft unserer Kinder gesichert ist. Nachhaltige
11 Entwicklung bedeutet aber auch, dass wir nicht auf Kosten von Menschen und Natur in anderen
12 Ländern handeln. Deutschland unterstützt die Strategie, mit der die Vereinten Nationen
13 bestimmte Ziele bis 2030 erreichen wollen. In diesem Plan wurden 17 Ziele Nachhaltiger
14 Entwicklung (Sustainable Development Goals¹) formuliert. Nicht nur die Bundesregierung,
15 sondern auch die hessische Landesregierung unterstützen diesen Weg. Oberbürgermeister
16 Mende hat dies aufgenommen. Sein Ziel: die Entwicklung Wiesbadens zu einer nachhaltigen
17 Stadt.
18

19 Veränderungen im Sinne einer Nachhaltigen Entwicklung sind eine schwierige politische und
20 administrative Aufgabe. Konflikte zwischen Interessen und unterschiedlichen Gruppen
21 Wiesbadener Bürgerinnen und Bürger sind dabei unvermeidlich. Bei solch schwierigen
22 politischen Abläufen kommt es sehr darauf an, dass solide Sachinformationen bereitstehen, die
23 vertrauenswürdig sind. Sie helfen Konflikte einzudämmen und Fortschritte mit Hilfe eines
24 breiten Engagements der Bürger zu erreichen. Will man die Stadt nicht spalten, sondern
25 zusammenhalten, sind Transparenz und Beteiligung gefragt. Das gilt für die Vorbereitung von
26 Entscheidungen und für die Festlegung politischer Programme und Ziele. Das gilt aber auch für
27 die Überprüfung, ob die Ziele erreicht wurden. Gute Verwaltung bedeutet hier, dass die
28 Messgrößen die realen Entwicklungen abbilden und nachvollziehbar machen. Nur so können
29 interessierte Bürgerinnen und Bürger beurteilen, ob wir auf dem richtigen Weg sind.
30

31 Die „neue Leipzig Charta“² wird derzeit nach jahrelanger Vorbereitung im Rahmen des
32 deutschen Vorsitzes im Rat der europäischen Union fertiggestellt. Sie soll allgemeine
33 Grundlagen und Leitlinien für eine zeitgemäße Stadtentwicklungspolitik vorgelegt werden. Sie
34 kann unser Kompass sein.

1. Wiesbaden ist... verantwortlich für Teilhabe- und Bildungschancen

1

ÄA1

Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

2 S6 Z36

Unter Corona Bedingungen hat sich gezeigt, dass eine wohnortnahe Notversorgung für unvorhersehbare Situationen in der Kinderbetreuung eine große Verbesserung der Lebenssituation bringen kann und den Stress für Familien reduziert. Deshalb soll gefördert werden, dass im Quartier ehrenamtliche Strukturen für eine Kinderbetreuung im Notfall gebildet werden.

Feststellung der Antragskommission:

Ablehnung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

Antragsteller: Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S8/Z14

Der Lockdown hat gezeigt, dass es zusätzlich zu umfassenden staatlichen Vorkehrungen für ein Gericht des Bildungssystem auch bürgerschaftliches, ehrenamtliches Engagement geben muss, um Familien mit schlechteren Startbedingungen zu unterstützen. Dies lässt sich im unmittelbaren Wohnumfeldgestaltung erreichen, wenn Rahmenbedingungen und Anreize/Unterstützung richtig gesetzt werden. Ein sinnvolles Quartiersmanagement ist hierfür eine Voraussetzung.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an den UBV, damit dieser ein Konzept dazu erarbeitet

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1. Wiesbaden ist.... ein starkes
soziales Netz

1

ÄA3

Antragsteller: Sabine Ruwwe

2

S 22 Z 22

Wir wollen die politische Bildung und die Diskussionskultur fördern.

Empfehlung der Antragskommission:

Zustimmung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S11/Z17

In Stadt Quartieren/Ortsbezirken soll ein intensiverer Kontakt zu den Bewohnern durch die Ortsbeiräte und die Ortsvorsteher sicher gestellt werden, um Kenntnis der Gegebenheiten und Notwendigkeiten für einen Aktionsplan der Dezernate zu gewinnen.

So kann Kommunalpolitik bis zum Bürger herunter gebrochen werden und Bewohner haben direkten Kontakt zur Verwaltung und erfahren, dass konkrete Maßnahmen an ihrer Lebenssituation etwas verändern

Empfehlung der Antragskommission:

Neuformulierung: Unsere Vertreter:Innen in den Ortsbeiräten und unsere Ortsvorsteher:Innen werden sich weiter für ein starkes und soziales Netz in den Ortsbezirken einsetzen und einen intensiven Kontakt mit den Bewohner:Innen pflegen.

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

ÄA5

Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S11/Z38

-Wir unterstützen Initiativen gemeinschaftlicher Wohnformen, (insbesondere als Genossenschaften), die sich in Stadtquartieren engagieren.

Empfehlung der Antragskommission:

Zustimmung der Ergänzung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

ÄA6

1 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

2 Antragstitel:

S12/Z41

Gemeinschaftliche, auch generationsübergreifende Wohnformen, insbesondere
Genossenschaften

Empfehlung der Antragskommission:

Zustimmung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

ÄA7

Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S13/Z11

...Quartiersbezug. Dabei auch Erprobung neuer alten Wohnkonzepte wie zum Beispiel „Micro Altenheime“ in ClusterWohnungen zwischen „normalen“ Wohnungen

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an den UBV

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

3. Wiesbaden ist.... bezahlbarer
Wohnraum für alle!

ÄA8

1 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S19/Z27

...dass die Stadt aktiv bebaubare Areale aufkauft und im Besitz behält. Vergabe zur Bebauung erfolgt sozial verträglich im Erbbaurecht.

Empfehlung der Antragskommission:

Annahme

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

ÄA9

1 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S19/Z39

Vor Konzept Ausschreibung wird ein umfassendes Quartierskonzept vor gelegt, damit sich die Konzept Bewerbungen qualitativ hochwertig einbringen und daran mitarbeiten können, dass die Ziele des Quartierskonzept es erreicht werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch ursprüngliche Programmfassung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1

ÄA10

2 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

3 S19/Z40

4

5 Von kommunal verfügbaren Grundstücken in Neubauquartieren sollen 50 % an Stadt
6 eigene Gesellschaften, 30 % an Genossenschaften, 10 % an Bauträger und 10 % an
7 Baugemeinschaften vergeben werden.

Empfehlung der Antragskommission:

Zurück an Antragsteller, um starre Quoten zu vermeiden

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

8

1

ÄA11

2 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S20/Z28

Ein Leerstandskataster ermittelt alle leer stehenden Wohnungen in ganz Wiesbaden, als Grundlage für eine aktivierende Beratung und Veranlassung von Eigentümern, diese Wohnungen wieder dem Markt zuzuführen.

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

3

1

ÄA12

2 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S21/Z1

In Kooperation mit der Wohnungsbaugesellschaft nassauische Heimstätte

Empfehlung der Antragskommission:

Zustimmung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

3

- 1 4. Wiesbaden ist.... aktive
- 2 Stadtentwicklung

1

ÄA13

2 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S22/Z28
Erderwärmung

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

3

1

ÄA14

2 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S24/Z13

Gemeinschaftliche und quartiersorientierte Wohnformen werden als Pilotprojekte gefördert.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an die neue Fraktion

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

3

1

ÄA15

2 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S25/Z5

Der Kommune zufallende Grundstücke bleiben im Besitz der Stadt und werden im Erbbaurecht vergeben

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

3

1

ÄA16

2 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S. 27, Einfügung Zeile 23:

Zur Umsetzung der Bodenbevorratung werden auch geeignete Investoren gesucht, deren Anlageziele mit den Zielen der Stadtentwicklung kompatibel sind. Zum Beispiel sollte die R+V an sicheren, langfristigen Anlagen interessiert sein.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an die neue Fraktion

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

3

1

ÄA17

2 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S. 28, Anfügung Zeile 5

Verwendung von Holz (festzulegender Anteil an den Baumaterialien), natürlichen Dämmstoffen und explizites Abbruch- und Recyclingkonzept werden für Neubauten verlangt. Eine bestimmte Photovoltaikleistung pro gebauter Wohnfläche wird verlangt.

Empfehlung der Antragskommission:

Überweisung an die neue Fraktion

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

3

1

ÄA18

2 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

Kommunale Grundstücke im Besitz der Stadt halten, Vergaben im Erbbaurecht.

Empfehlung der Antragskommission:

Erledigt durch Programm

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

3

- 1 5. Wiesbaden ist.... mehr Mobilität für
- 2 alle!

1

ÄA19

2 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

Die City soll bis 2026 weitgehend Auto frei sein. Bewohner, Händler, Lieferanten und Dienstleistungsverkehr ist ausgenommen.

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

3

1

ÄA20

2 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

Tempo 40 km/h innerhalb des zweiten Ringes

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

3

1

ÄA21

2 Antragsteller: Mathias Lück

Seite 31, Zeilen 17/18: Streichung von „Park&Ride-Anlage“.

Begründung: Der Hauptbahnhof ist ein ungeeigneter Ort für eine P+R-Anlage, da Autos, die dort zum Umsteigen animiert werden, bereits durch die Innenstadt fahren mussten. Das kann nicht das Ziel sein. P+R-Parkplätze gehören an den Stadtrand und die „äußeren Bahnhöfe“ wie Schierstein, Biebrich, Erbenheim, (...).

Empfehlung der Antragskommission:

Zustimmung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1

ÄA22

2 Antragsteller: Mathias Lück

Seite 31, Zeile 46: Ergänzung des Spiegelstrichs „Ausbau der Rad-Abstellinfrastruktur. Je nach Anforderung kann das beispielsweise in Form von normalen Fahrradbügel, abschließbaren Fahrradboxen oder Abstellflächen mit ausreichenden Maßen für Lastenräder geschehen. In städtischen soll außerdem, soweit machbar und sinnvoll, die Einrichtung von sicheren Abstellmöglichkeiten von Lastenfahrrädern berücksichtigt werden.“

Begründung: Dieser Punkt ist mMn die logische Fortsetzung der Forderungen davor.

Empfehlung der Antragskommission:

Zustimmung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1

ÄA23

2 Antragsteller: Mathias Lück

Digitalisierung und Open Data im Verkehr

Verkehrspolitik ist ein stetiges Spannungsfeld zwischen verschiedenen Wünschen und Anforderungen, politischen Vorgaben und externen Notwendigkeiten. Verkehrspolitische Maßnahmen müssen daher umso höheren Ansprüchen an Transparenz, Kommunikation und Wirksamkeit erfüllen.

Dazu gehört auch: Die öffentliche Zugänglichmachung möglichst vieler von der Stadt, ihren Ämtern und städtischen Gesellschaften erhobenen Verkehrsdaten. Wiesbaden schafft mit DIGI-V dafür bereits einmalige Voraussetzungen – doch es gibt noch mehr. Ein einzurichtendes Open Data Portal, in dem die Daten zusammenlaufen, ermöglicht es Entscheidungsträgern, der Öffentlichkeit und den Medien, die Wirkung von Maßnahmen nachzuvollziehen. Auch die Bewertung von Verkehrsversuchen und beispielsweise Störungen und Baustellen wird damit möglich. Derartige Transparenz stärkt nicht nur das Vertrauen in die verkehrspolitischen Maßnahmen – sie befreit auch von der zunehmend durch Polarisierung und Ideologie-Vorwürfe geprägten Debattenkultur.

Konkret wollen wir:

- Die Einrichtung eines Open Data Portals, in dem möglichst viele, im Verkehrsbereich erhobene Daten zusammenlaufen und der Öffentlichkeit ohne unnötige Verzögerung und ohne unnötig hohe Einstiegshürden zur Verfügung gestellt werden. Damit sollen eigene Analysen, Ideenentwicklungen oder gar weiterführende Anwendungen ermöglicht werden.

In dieses Open Data Portal sollen beispielsweise folgende Daten fließen:

- Die im Rahmen der DIGI-V Umrüstung erhobene Verkehrsdaten (Verkehrsbelastungen und -fluss nach Verkehrsmittel und Strecke). Ergänzt werden diese durch Daten von verstärkten, mobilen Zählanlagen zur temporären Erfassung von Verkehrsdaten an Stellen, die nicht von den DIGI-V-Ampeln abgedeckt sind.
- Die Ist-Daten der ESWE Verkehr zur Auslastung der Busse sowie Umfang und Entstehungsort von Verspätungen. Damit einher geht die verstärkte, wenn nicht gar flächendeckende Ausstattung neuer gekaufter Busse mit Zählanlagen.
- Die im Rahmen von DIGI-P erfassten Daten analog des bisherigen, städtischen Parkleitsystems einhergehend mit Ausdehnung des Parkleitsystems auf weitere, bisher nicht erfasste Parkhäuser, P+R-Parkplätze und weiterer, bedeutender Parkanlagen.

Empfehlung der Antragskommission:

Umformulierung und Weitergabe an die UBV, damit daraus auf einem der nächsten Parteitage ein Antrag zum **grundsätzlichen Umgang mit von der Stadt erhobenen Daten** wird.

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

1

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1
2 Antragsteller: Mathias Lück

3 **Besser und sicherer unterwegs: Durchsetzung geltender Regeln**

4 Im Wiesbadener Verkehr konkurrieren viele Menschen um denselben, oft knappen
5 Verkehrsraum. Die entstehenden Konflikte erfordern klare Regeln sowie deren
6 Kontrolle. Die Wiesbadener Stadt- und Verkehrspolizei leisten bereits einen guten Job
7 bei der Durchsetzung der Verkehrsregeln. Dennoch kommt es immer wieder zu
8 Verstößen, wodurch andere Verkehrsteilnehmer beeinträchtigt, behindert oder gar
9 gefährdet werden.

10 Falsch abgestellte Fahrzeuge führen besonders an Kreuzungen häufig zu
11 Behinderungen von Fußgängern oder gar Rettungsfahrzeugen. In zweiter Reihe
12 stehende Fahrzeuge behindern den Verkehrsfluss. Die Akzeptanz von Ladezonen
13 basiert maßgeblich darauf, wie zuverlässig diese frei von unerlaubt parkenden und
14 haltenden Fahrzeugen sind. Auch wild abgestellte Fahrräder und E-Scooter können
15 Fußwege und Radwege beeinträchtigen.

16 Kreuzungen, die nicht konsequent freigehalten werden, behindern den Verkehr für alle
17 anderen Verkehrsteilnehmer. Auch eigentlich sinnvolle Eingriffe in den Verkehr können
18 ihre Wirkung nicht entfalten, wenn beispielsweise veränderte Verkehrsführungen
19 nicht konsequent durchgesetzt werden. Auch neun Monate nach Änderung des
20 Linksabbiegers an der Ringkirche wird dieser immer noch nicht durchgängig beachtet –
21 auf Kosten des restlichen Verkehrsflusses.

22 Aber auch Bus- und Umweltpuren können ihre volle Wirkung nur entfalten, wenn sie
23 konsequent frei sind. Bushaltestellen können nur zuverlässig barrierefrei sein, wenn die
24 Busse ausreichen Platz zum Ein- und Ausscheren haben. Die Standzeiten von dort
25 unerlaubterweise haltenden Fahrzeugen sind aber häufig zu kurz, um Stadt- und
26 Verkehrspolizei zu aktivieren.

27
28 Konkret wollen wir

- 29
- 30 • Geänderte Verkehrsführungen sollen besonders in der Anfangszeit über längere
31 Zeit konsequent kontrolliert werden.
 - 32 • Überwege und Kreuzungsbereiche sollen verstärkt kontrolliert werden, um
33 sichere und komfortables Kreuzen sicherzustellen – auch, wenn wegen
34 Kinderwagen, Rollstuhl oder Rollator etwas mehr Platz benötigt wird.
 - 35 • Bushaltestellen und Busspuren sollen konsequenter freigehalten werden. Wo
36 möglich und notwendig, sollen Bushaltestellen dafür als Kap (statt als Bucht)
37 realisiert werden. Das erhöht die Barrierefreiheit. Da Busse an diesen Kap-
38 Haltestellen nicht mehr ein- und ausscheren müssen, kann die freiwerdende
39 Fläche zur Begrünung, für Fahrradabstellflächen oder Parkplätze genutzt
40 werden.
 - 41 • Neu gekaufte Busse sollen außerdem mit DashCams ausgestattet werden, die
42 bei Behinderungen von Busspuren und -haltestellen eine Dokumentation und
43 Ahndung per Tastendruck ermöglichen.

Empfehlung der Antragskommission:

Zustimmung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

1
2

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1 ÄA
2 Antragsteller: OV Rheingauviertel-Hollerborn

Der Absatz Seite 23 Zeile 21 bis 30:

"Ersatzparkraum für die Anwohnerinnen soll insbesondere durch die geplante Hochgarage hinter Sporthalle am Elsäßer Platz entstehen. Eine Tiefgarage unter einem Teil des Platzes lehnen wir nicht grundsätzlich ab, befürchten allerdings zu hohe Kosten. Hinzu kommen weitere verschiedene kleinere Maßnahmen: Schaffung von Parkplätzen im Zusammenhang mit der Randbebauung, intelligente Gestaltung der Spielflächen wie z.B. Parkplätze unter einem Ballspielplatz auf Ständern wie auf dem Wallufer Platz, Mitbenutzung der Stellplätze der Hochschule, des Arbeitsamtes und ggf. der AOK. Zusätzlich können im Zuge des Neubaus einer Sporthalle für die Gerhard-Hauptmann-Schule ebenfalls Anwohnerparkplätze entstehen. Ebenso ist eine Hochgarage hinter der Sporthalle am Elsässer Platz geplant (Horst-Bundschuh Halle)"

ist zu ersetzen durch:

"Ersatzparkraum für die Anwohnerinnen soll durch verschiedene Maßnahmen angeboten werden: Schaffung von Parkplätzen im Zusammenhang mit der Randbebauung, intelligente Gestaltung der Spielflächen wie z.B. Parkplätze unter einem Ballspielplatz auf Ständern wie auf dem Wallufer Platz, Mitbenutzung der Stellplätze der Hochschule, des Arbeitsamtes und der AOK. Zusätzlich können im Zuge des Neubaus der Sporthalle für die Gerhard-Hauptmann-Schule ebenfalls Anwohnerparkplätze in unmittelbarer Nähe entstehen."

Begründung

Die SPD sollte sich in ihrem Wahlprogramm nicht auf den Plan der SEG für eine Hochgarage mit 8,5 Etagen zwischen der Sporthalle und der AOK festlegen, nachdem - noch nicht geprüft ist, ob das geplante Gebäude nicht die Frischluftzufuhr zum Elsässer Platz bzw. in die Innenstadt beeinträchtigt,

Empfehlung der Antragskommission:

Kein Votum, da Eingang nach Sitzung der Antragskommission

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1

ÄA25

2 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S. 34, Zufügung Zeile 21:

**Pro Jahr werden mindestens 1 km Straße zu Fußgängerzone/Fahrradstraße
umgewidmet.**

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1

ÄA26

2 Antragsteller: Aglaja Beyes

S. 35, Zeile 45 wird ergänzt um die Worte
"und eine Aufwertung der anliegenden Bahnhöfe" wird angestrebt."

Begründung:

Es ist wichtig, dass wir uns nach dem Scheitern der Citybahn auf die drei schienengebundenen Verkehrsmittel in Wiesbaden: Ländchesbahn, Rheinschiene und Aartalbahn konzentrieren.

Bei der Rheinschiene brauchen wir mehr als eine bessere Vertaktung. Nämlich die Aufwertung der anliegenden Bahnhöfe (Schierstein, Biebrich, Kastel). Das beginnt mit einer vernünftigen Beleuchtung, damit Bahnreisende auch bei Dunkelheit sicher das Bahngelände verlassen können, ohne sich die Beine zu brechen, und geht bis hin zu P&R Plätzen, Fahrradstellplätzen, geschützten Warteb

Empfehlung der Antragskommission:

Zustimmung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

3 Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

- 1 6. Wiesbaden ist.... mehr Rücksicht auf
- 2 Umwelt- und Klimaschutz

1

ÄA27

2 Antragsteller: Sabine Ruwwe

**S. 40, Zeile 1:
Streichung des Wortes „Rücksicht“ im Kapitelnamen**

Empfehlung der Antragskommission:

Zustimmung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

3 Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1 7. Wiesbaden ist.... mehr Rücksicht auf
2 Umwelt- und Klimaschutz

3

1

ÄA28

2

Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S. 50 Zufügung nach Zeile 12:

Die Lebensqualität hängt in großem Maße davon ab, ob sich die Menschen in ihrem Quartier zu Hause fühlen und möglichst viele Nachbarn auch persönlich kennen. Dazu sollen Straßen- und Quartiersfeste gefördert werden, u.a. durch einfachste Antragsstellung für Straßensperrungen ohne viel Bürokratie und ohne zusätzliche öffentliche Toiletten stellen zu müssen. Bei neuen Quartieren sollen die baulichen Voraussetzungen für Quartiers- und Straßenfeste von Anfang an vorgesehen werden: feste Weinstände, öffentliche Toiletten, Lagerplätze für Bierbänke und Pavillons...

Empfehlung der Antragskommission:

Zustimmung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

3

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

1 8. Wiesbaden ist.... eine lebendige
2 Kulturszene und
3 Städtepartnerschaften

4

1
2 Antragsteller: Sebastian Schäfer

3 Nach dem Punkt "Kulturelle Nutzung der Walhalla" auf Seite 62 wird neu eingefügt:

4 "Kulturelle Arbeit der Kreativfabrik dauerhaft sichern

5 Der Verein Kreativfabrik Wiesbaden e.V. betreibt auf dem Kulturparkgelände am
6 ehemaligen Schlachthof ein Kulturzentrum mit einem vielfältigen
7 Veranstaltungsprogramm rund um Konzerte, Theater und Tanzveranstaltungen.
8 Daneben vermietet der Verein bezahlbare Proberäume an junge Nachwuchsbands aus
9 Wiesbaden und stellt seine Räumlichkeiten für Initiativen und Seminare zur Verfügung.
10 Die ebenfalls im Gebäude untergebrachte Skatehalle, die u.a. ein regelmäßiges
11 Skateangebot für Menschen im Rollstuhl bereithält, ist regional einzigartig. In den
12 vergangenen Jahren hat sich die Arbeit des Vereins zu einem lebendigen und
13 unverzichtbaren Teil des Wiesbadener Kulturlebens entwickelt.

14 Im Jahr 2021 endet der Erbaurechtsvertrag und das von der Kreativfabrik genutzte
15 Gebäude fällt zurück an die Stadt Wiesbaden. Wir wollen, dass die erfolgreiche Arbeit
16 des Vereins vor Ort dauerhaft gesichert wird. Eine anderweitige und rein kommerzielle
17 Verwertung des Gebäudes zu Lasten der Kultur lehnen wir ab. Zudem wollen wir die
18 städtische Unterstützung des kulturellen Angebots in der Kreativfabrik weiter
19 ausbauen und verlässliche Perspektiven für eine Weiterentwicklung vor Ort schaffen."

Empfehlung der Antragskommission:

Zustimmung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

20 Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

21

9. Wiesbaden ist.... kritisch mit dem
Umgang mit städtischen
Beteiligungen

1

1

ÄA30

2 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S86/Z28

-Klare Aufträge an kommunale Gesellschaften im Interesse des Gemeinwohls!

-Aufsichtsratsverantwortung ist verbindlich wahrzunehmen!

Empfehlung der Antragskommission:

Ablehnung

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung

3

1

ÄA31

2 Antragsteller: Hans Vollmar OV Nord

S. 87, Einfügung nach Zeile 12:

**Alle städtischen Gesellschaften werden von maximal einem Geschäftsführer geführt.
Die Gehaltsobergrenze für Geschäftsführer der städtischen Gesellschaften ist das
Gehalt des Oberbürgermeisters**

Empfehlung der Antragskommission:

Umformulierung

„Die Bestellung von mehr als einem Geschäftsführer:Innen muss in besonderem Maße begründet werden. Gehälter für Geschäftsführer:Innenposten müssen nach Verhältnismäßigkeit und Sparsamkeit bemessen werden.“

Außerdem: Die SPD wird für den Wahlkampf einen Vorschlag erarbeiten, wie viele Geschäftsführer:Innen posten eingespart werden können

Annahme in der Fassung der Empfehlung der Redaktionskonferenz

Annahme in der vorliegenden Fassung der antragstellenden Gliederung

Annahme in der durch den Unterbezirksparteitag geänderten Fassung